

# Deutscher **Bahnkunden**-Verband e.V. **Bundesverband**

Deutscher Bahnkunden-Verband e. V. • Hohenzollerndamm 181 • 10713 Berlin

Bundesministerium für Verkehr  
Referat E11 - Grundsatz nationales und europäisches Eisenbahnrecht  
per Mail

Verbändeanhörung 11. Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Deutsche Bahnkunden-Verband e. V. ist im Lobbyregister des Deutschen Bundestages unter der Nummer R002992 registriert.

Mit Mail vom 28.07.2025, 13.19 Uhr, haben Sie uns den Referententwurf vom 21.07.2025 zur o. g. Gesetzesänderung übersandt.

Angesichts einer Frist von noch nicht einmal 60 Stunden gehen wir davon aus, dass Ihnen an einer fachgerechten und fundierten Stellungnahme nicht gelegen ist, sondern es nur um eine formale Beteiligung ohne Interesse an anderen Meinungen und Auswirkungen auf den Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens geht.

**Wir weisen den vorgelegten Gesetzentwurf als nicht zielführend, ausreichend und dem Ziel der Mobilitätswende abträglich zurück und fordern eine Nachbesserung mit einer Frist zur Beteiligung von mindestens 14 Tagen.**

Wenn der Bund 2026 weiterhin genau die Summe, die er auch 2024 und 2025 als seinen Teil zum Ausgleich der Kosten für das Deutschlandticket bereitstellen will, nimmt er seine Verantwortung für die Mobilitätswende, die Zielen des Pariser Klimaabkommens und seine generelle verkehrspolitische Verantwortung nicht wahr.



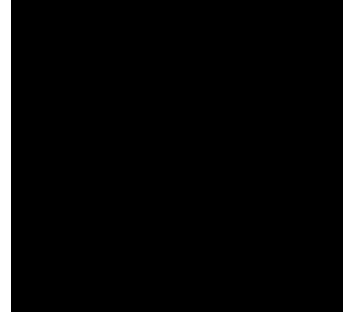
Wilmsdorf  
Hohenzollerndamm 181  
10713 Berlin  
(nur Postanschrift!)

Tel. (0 30) 63 49 70 - Fax -99

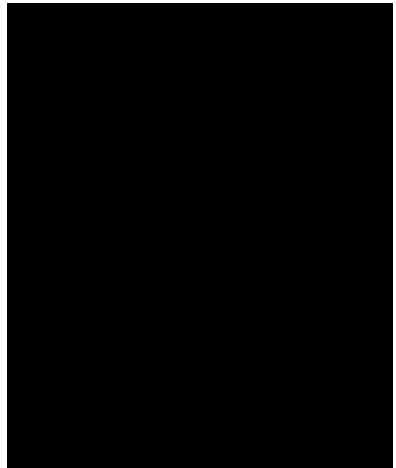
E-Mail: [info@bahnkunden.de](mailto:info@bahnkunden.de)  
[www.bahnkunden.de](http://www.bahnkunden.de)

28.07.2025

Präsidium d. Bundesvorstands (§ 26 BGB)



Erweiterter Bundesvorstand:



Gegründet 1990 in Berlin-Lichtenberg

Sitz: Berlin  
VR1 30 65 Nz, Amtsgericht Charlottenburg  
Gemeinnützigkeit:  
St.-Nr. 27/663/56555  
Finanzamt Berlin f. Körperschaften I

Lobby-Register  
Deutscher Bundestag R002992

Unter "C. Alternativen" ist genannt, dass es keine Alternative gäbe. Dies ist falsch und höchstens ein Ergebnis des Unwillens der Bundesregierung, das Deutschlandticket zu verstetigen, zu verbessern und zu einem Standardangebot zu machen. Wenn es einen politischen Willen gäbe, den öffentlichen Verkehr zu fördern, würde die Beteiligungssumme des Bundes wenigstens die Lohn- und Energiepreise berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



DBV-Bundesvorstand Länderaufgaben